

# Bildung statt Reformhektik



Ein leistungsfähiges Bildungswesen ist eine Grundlage für Entwicklung und Wohlstand der Schweiz. Bildung ist eine zentrale Ressource im privaten wie im beruflichen Leben. Im Vordergrund soll die Aneignung von Wissen, nicht das Beeinflussen von Verhalten stehen. Die Reformhektik in der Volksschule muss endlich gestoppt werden, sonst wachsen die Schäden und die Kosten linker Experimente ins Unermessliche. Der dualen Berufsbildung muss Sorge getragen werden. Sie leistet einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur tiefen Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land. Unsere Universitäten haben Spitzenleistungen zu erbringen.

## Qualität zuerst

Die jüngeren Reformen in der Volksschule bewirken eine Bürokratisierung der Schule und führen zur übertriebenen «Therapeutisierung» der Schülerinnen und Schüler. Kinder, die früher in so genannten «Besonderen Klassen» (Kleinklassen) tragbar waren, werden oftmals auf Biegen und Brechen in den Regelunterricht integriert. Dies strapaziert die Schulsituation stark. Die Schule wurde in eine überregulierte Organisation umgewandelt, die weltanschaulich

geformte statt freie und selbstdenkende Menschen hervorbringt. So schießt zum Beispiel der Lehrplan 21 deutlich über den Verfassungsauftrag der Harmonisierung hinaus und strebt an, die Lehrerbildung zu reglementieren und Lehrmittel zu vereinheitlichen. Es gibt immer mehr ideologische Beeinflussung. Besonders stossend sind etwa die Bestrebungen im Bereich der Sexualerziehung, des Geschlechterverständnisses, des (einseitigen) Wirtschaftsverständnisses, des Konsumverhaltens sowie ökologischer Anliegen.

### Kosten explodieren

Die permanenten Experimente im Bildungsbereich führen zu explodierenden Kosten und belasten das Schulumfeld. Nur ein Bruchteil der Ausgaben im Bildungsbereich kommen der Kernaufgabe der Schule – der Wissensvermittlung und somit unseren Schülern – zugute. Mehr Geld in der Bildung bedeutet nicht automatisch eine bessere Bildung. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind die mit administrativem Aufwand überhäufteten Lehrer ebenso wie die Kinder. Dauerreformen nutzen die Lehrer ab, machen ihren Beruf unattraktiv, bereiten die Schüler immer weniger auf die Lehre und das Studium vor und überfordern Eltern und Kinder.

### Schädliche Akademisierung

Die Akademisierung vieler Ausbildungen führt zu einer Inflation von akademischen Abschlüssen und Titeln. Die dazu erforderlichen höheren Ausgaben wirken sich meist nicht positiv auf den Wert der Ausbildung aus. Jedoch gelten so gemäss Statistik mehr Menschen als «hochqualifiziert». In der Forschung wird zusehends nach dem Giesskannenprinzip gefördert. Offenbar ist zu viel Geld verfügbar, welches auf einfache Weise für Projekte oder Ähnliches beansprucht werden kann. Statt sich auf die hiesige Spitzenforschung und angewandte, industriennahe Forschung zu konzentrieren, werden Steuergelder in Milliardenhöhe für bürokratische EU-Forschungsprogramme verschwendet, zentralistisch gesteuerte, politisch motivierte Prestigeprojekte. Deren gewollte Wirkung ist die EU-Abhängigkeit.

### Leistungsorientierung

Die SVP fordert bei der Volksschule einen Reformstopp, Leistungsorientierung und Mitverantwortung der Eltern. Die Hoheit der Kantone über die Volksschule ist ein Grundpfeiler unseres Bildungswesens. Es sollen gesichertes Grundwissen und Grundfertigkeiten vermittelt werden. Kantonale Lehrpläne müssen realistische und verbindliche Lernziele vorgeben, die für die Vermittlung von ge-

sichertem Grundwissen und Grundfertigkeiten sorgen. Leistung und Qualität, Ordnung und Disziplin sind auf jeder Schulstufe zu fordern und zu fördern. Die Lehrer müssen gestärkt und mit Methoden- und Lehrmittelfreiheit ausgestattet werden. Es ist zum bewährten Klassenlehrersystem zurückzukehren. Lehrerinnen und Lehrer sollen ihre volle Kraft und Zeit für den Unterricht und die Kinder aufwenden, nicht für «Schulentwicklung», Sitzungen und Administration. Die SVP setzt sich für die Autonomie der Schulgemeinden gegenüber den kantonalen Verwaltungen ein, denn die Betroffenen sollen über ihr Schulwesen selber bestimmen können. Den mathematisch-naturwissenschaftlichen, technischen und handwerklichen Fächern sowie der Kenntnis über wirtschaftliche Zusammenhänge muss in der Bildung mehr Platz eingeräumt werden.

### Dem dualen System Sorge tragen

Eine Berufsausbildung mit betrieblicher Lehre und öffentlicher Berufsschule hat sich bewährt und ist anderen Modellen überlegen. Die Lerninhalte der Ausbildungsgänge an den Berufsschulen müssen zusammen mit der Wirtschaft festgelegt werden und sind den tatsächlich im Berufsleben nachgefragten Qualifikationen laufend anzupassen. Die Berufsbildung ist aufzuwerten.

### Forschung für Spitzenleistungen

Forschung ist grundsätzlich keine Kernaufgabe des Staates. Der Staat soll aber günstige Rahmenbedingungen für die Forschenden schaffen. Forschung soll nicht Selbstzweck sein, sondern ergebnis- und anwendungsorientiert im Wettbewerb mit den Besten erfolgen. Die Schweizer Universitäten und die ETHs müssen den Schwerpunkt auf die Vermittlung theoretischer Kenntnisse, wissenschaftliches Arbeiten und auf Spitzenforschung legen. Die Studienangebote sollen vermehrt an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden. Die SVP will keine Massenuniversitäten, sondern Universitäten der Spitzenklasse.

### Fragwürdige Universitätsautonomie

Die der Universität Zürich 1998 gewährte Autonomie hat die Erwartungen nicht erfüllt. Die im Wesentlichen von den Steuerzahlern finanzierte Hochschule hat allzu oft das getan, was sie wollte, statt das, was sie musste – und die Doppelfunktion von Bildungsdirektion und Präsidium des Universitätsrats hat zu unklaren Führungsstrukturen bis hin zum Amtsmissbrauch geführt. Die Universität Zürich kam in den vergangenen Jahren nicht mehr aus den Negativschlagzeilen heraus. Die Universitätsleitung als operatives wie der Universitätsrat als strategisches Führungsorgan wirken ebenso überfordert wie das kantonale Hochschulamt als verwaltungstechnischer Vorgesetzter. Die SVP will, dass die Universität wieder dem Gesamtregierungsrat unterstellt wird, der auch für die strategische Planung und die Besetzung der Lehrstühle zuständig sein soll.

### Kein Gigantismus im Hochschulquartier

Im Jahr 1204 hat Herzog Berthold von Zähringen das Zürcher Spital für ein paar Kranke und Gebrechliche gegründet und dem Papst für dessen Schutz einen Gulden pro Jahr bezahlt. 2014 wurde das «Generationenprojekt Berthold» für Universitäre Medizin als Bestandteil eines «Masterplans Hochschulquartier» vorgestellt, der für über 6 Milliarden Franken einen massiven Ausbau von Universitätsspital, Universität und ETH vorsieht. Damit soll die heute genutzte Fläche um 40 Prozent oder rund 103 000 Quadratmeter erweitert werden. Die SVP befürwortet den Ausbau des Universitätsspitals Zürich an der heutigen zentralen Lage, wendet sich aber gegen die gigantischen Ausbaupläne im übrigen Hochschulbereich. Diese wirken städtebaulich zerstörerisch und entspringen utopischem Denken eines Zustroms von Studierenden, der seit Annahme der Massenzuwanderungsinitiative jeder Realität entbehrt.

### Kein Geld für fragwürdige Programme

Es ist stossend, wenn der Schweizer Steuerzahler die Ausbildung Tausender ausländischer Studierender finanziert, die nach dem Studium unser Land verlassen und ihre Ausbildung zum Wohl eines anderen Wirtschaftsstandortes nutzen. Deshalb sind für ausländische Studierende wesentlich höhere Studiengebühren zu erheben. Eine erneute vollständige Assoziierung an die milliardenteuren EU-Programme Erasmus+ und Horizon2020 braucht die Schweiz nicht, weil damit viel Bürokratie und verschwenderischer Leerlauf verbunden sind. Für wissenschaftliche Exzellenz haben die EU-Programme nicht zwingend gesorgt; seit 1996 sind keine Nobelpreise mehr an Forscher der Universität Zürich verliehen worden.